

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/139

Bonn, den 24. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Die Wurzel des Übels</u> Der Tod des Rekruten Deigü und die Konsequenzen Von Ernst Paul, MdB	78
2a	<u>Kein gangbarer Weg</u> Zu de Gaulles Pressekonferenz	34
3 - 4	<u>"SPD ist, was FDP sein sollte"</u> Bundesjustizminister a.D. Stammberger begründet seinen Parteiübertritt Von Carl L. Guggemos	61
5	<u>Neues Wagen der bayerischen Landjugend</u> Rechte Verbindung von Tradition und Fortschritt Von Dr. Günther Müller, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten	46
6 - 7	<u>Das große Opfer</u> Vor 50 Jahren - Attentat auf Jean Jaurés Von Kurt Hertfelder	91

* * * * *

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 63 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: (2 16 31 / 32) • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Wurzel des Übels

Der Tod des Rekruten Deigl und die Konsequenzen

Von Ernst Paul, MdB.

In den Morgenstunden des 17. Juli starb in Esslingen am Neckar der Bundeswehrsoldat Anton Deigl an den Folgen eines Hitzeschlages. Unmittelbare Ursache dieses Todesfalls war ein im Anschluß an eine Übung bei 33 Grad Hitze fehlender Dauerlauf. Dies geschah am 17. Tage nach dem Beginn des Dienstes in der Bundeswehr bei der ersten Übung im Gelände.

Die direkt Schuldigen, entgegen dem Dienstplan und verhandelt, wenn auch scheinbar unbekannte Befehle für Zeiten großer Hitze handeln - ein Oberleutnant, ein Leutnant und ein Stabsunteroffizier -, wurden abgelöst und haben Strafverfahren zu erwarten. Der Vorfall, der sich fast auf den Tag genau in einer Einheit ereignete, die durch den Fall Nagold bekannt geworden war, hat die Öffentlichkeit sehr erregt. Wir wollen uns nicht den sensationelsten Auswertungen dieses Ereignisses, die wir nicht billigen, anschließen, sondern die mittelbaren Ursachen solcher Vorfälle zu untersuchen versuchen.

Mangelnde sportliche Ausbildung

Bereits in seinem Bericht über das Jahr 1962 hatte der Mehrbeauftragte des Deutschen Bundestages auf die mangelnde sportliche Ausbildung der Wehrpflichtigen hingewiesen. In der Aussprache zu diesem Bericht hatte der sozialdemokratische Sprecher das geistige und körperliche Bild der Jugend von heute deutlich gezeichnet und dessen Beachtung verlangt. Er hatte gefordert, daß die Ausbildung der Rekruten mit einem sportlichen Training beginnen müsse. Härte sei mit der Erfüllung der Aufgaben eines Soldaten verbunden, aber, so wurde gesagt, es sei ein großer Unterschied, ob man nach drei oder vier Wochen Grundausbildung oder nach einem Jahr mit der Härte beginne. Minister von Hesse hatte in seiner Reply zwar nachgewiesen, wieviele Sportplätze bereits vorhanden seien und wieviele noch geschaffen werden sollen, jedoch nicht erwähnt, wann diese benötigt werden und er ist auch auf die Frage des sportlichen Trainings der Rekruten nicht eingegangen. Übrigens hat der Bundesminister für Verteidigung in einem Schreiben an den Verteidigungsausschuß vom 16. Juni 1964 selbst festgestellt, daß im Jahre 1963 die für Sport und Leichtathletiken vorgesehenen Haushaltsmittel nur zu 49 % (!) im Anspruch genommen worden seien.

Änderung der Vorschriften notwendig

Damit sind wir bei der ersten Folgerung angelangt, die aus dem jüngsten Vorfall gezogen werden muß. Es genügt nicht, auf menschliches Versagen einzelner Vorgesetzter hinzuweisen - die Vorschriften für die Grundausbildung müssen geändert werden. In den Rahmenplänen ist vorzuschreiben, daß während der ersten vier Wochen, besser noch sechs Wochen, in leichter Steigerung nur sportliches Training erfolgen soll.

Diese Forderung sollte keiner Begründung bedürfen - jeder erfahrene Arzt kann sie beisteuern und es sind auch bei der Truppe selbst genügend Erfahrungen bekannt, die ein solches Begehren sinnvoll bestätigen. Es kommt aber darauf an, daß man auch im Bundesministerium für Verteidigung davon endlich Kenntnis nimmt und durch Änderung der Vorschriften entsprechende Konsequenzen zieht. Nur dann wird die mit der Ausbildung in der Bundeswehr später verbundene Härte ohne Schäden an der Gesundheit oder am Leben unserer Soldaten ertragen werden können.

Herr von Hassel hatte im August 1963 in einem Interview in der "Welt" einen Satz veröffentlicht, von dem er sich nachdrücklich und öffentlich distanzieren sollte. Demals - Nagold war schon passiert - hieß es: "Im übrigen sagen mir die Rekruten, wenn ich mit ihnen spreche, immer wieder, die Ausbildung sei nicht hart genug. Das sagen auch die Unteroffiziere und die Offiziere, und auch ich bin dieser Meinung." Wer solches sagt oder unterrichtet im Hause stehen läßt, muß sich der Verantwortung bewußt sein, die er für Fehler bei der Anlage der Ausbildung unserer Rekruten auf sich nimmt.

Öfter ärztliche Untersuchungen

Eine weitere Forderung, die erhoben werden muß, hat eine mehrmalige ärztliche Untersuchung der Rekruten zu verlangen. Die häufig allein flüchtige Untersuchung bei der Musterung genügt nicht, auch nicht jene nach der Einziehung. Das Leben in der Kaserne bringt selbst bei überwiegend sportlichem Erziehung eine Umstellung mit sich, die Krankheitsanliegen erst in drei bis vier Wochen erkennen läßt. Darum sollte zumindest bei jenen, die Umstellungsschwierigkeiten spüren, in der dritten oder vierten Woche des Kasernenlebens eine gründliche Nachuntersuchung angeordnet werden. Gegenargument: Ärztemangel. In der Praxis ist es jedoch erwiesen, daß es genügend Vertragsärzte gibt, die auch für eine solche Mühe gewonnen werden können.

Die Ausbildungskompanie in Esslingen, bei der ein Rekrut sein Leben einbüßte, hat eine Mannschafsstärke von 250 gegenüber von 100 bis 20 bei Gefechtskompanien. Frage: muß das so sein? Auch die besten Kommandeure - es gibt viele dieser Art - können in ihrer Einheit nicht so viele gute Ausbilder zusammenhalten, wie eine solche Mannschafsstärke einer Ausbildungskompanie erfordert. Dann passieren eben gefährliche Unfälle, die unter anderen Umständen vermeidbar wären. Dieses Problem wird nur durch eine verbesserte Ausbildung der Ausbilder, durch eine Verzehrung der Ausbilder und nicht zuletzt durch eine Verbesserung der Aufnahme der Betroffenen zu lösen sein; es sei in diesem Zusammenhang nur auf die in fünfzehn Punkten niedergelegten Vorschläge der SPD zurhebung des Standards der Unteroffiziere verwiesen.

In diesen Zeilen wurde nur auf einige Konsequenzen hingewiesen, die aus dem Vorfall in Esslingen gezogen werden müssen. Es genügt nicht, nur an den Symptomen herumzudoktern - es muß eine Untersuchung der Ursachen der Unfälle von Grund aus erfolgen. Es genügt auch nicht, sich beleidigt zu stellen, wenn der Wehrbeauftragte ungesunde Erscheinungen feststellt, sondern es muß Abhilfe geschaffen werden. Wenn das Bundesministerium für Verteidigung dies nicht einsieht, wird es die Aufgabe des Bundestages und des zuständigen Ausschusses sein müssen, die Lehren zu ziehen und deren Befolgung nachdrücklich zu verlangen.

Kein gangbarer Weg

Zu de Gaulles Pressekonferenz

sp - Nun ist die Verärgerung zwischen Paris und Bonn da, die viele befürchteten. Der französische Staatschef de Gaulle glaubte auf seiner letzten spektakulären Pressokonferenz die Bundesrepublik ermahnen zu müssen, doch dem von ihm eingeschlagenen Weg zu folgen; auch war er höchst indigniert über die Weigerung der Bundesregierung, zu allem JA zu sagen, was aus Paris kommt. Ein ominöser Satz in seiner Rede fällt auf. De Gaulle sprach von einer Unruhe, die das deutsche Volk über den unbefriedigenden Stand des deutsch-französischen Verhältnisses habe. Meinte er damit etwa die Frondeure innerhalb der Unionsparteien? Sollten sie erkuntert wurden? Hier fällt der französische Staatschef, falls er solches im Sinn hatte, einem Irrtum zum Opfer, Die von einem Strauß und Adenauer gewünschte Umorientierung der deutschen Europapolitik findet weder im Deutschen Bundestag, noch im deutschen Volk eine Mehrheit.

De Gaulle liebt die großen Worte. Er betrachtet sich als ein Führer aller Europäer. Dazu fehlt ihm - bei allem Respekt, der ihm gebührt - doch die Legitimation. Seine Vorstellungen über ein von den Vereinigten Staaten unabhängiges Europa orientieren sich an der besonderen Rolle, die er dabei für Frankreich beansprucht. Für de Gaulle existiert Europa nur insoweit, als es bereit ist, den französischen Führungsanspruch zu akzeptieren. Diesem fehlen freilich alle politischen, militärischen und wohl auch die geographischen Voraussetzungen. Europas und Deutschlands Sicherheit hängt vom Potential der amerikanischen Abschreckungsmacht ab und sie bleibt unbeeinflusst von den Veränderungen, die sich innerhalb des Ostblocks und der westlichen Welt noch ergeben werden. Welche Riesenanstrengungen de Gaulle auch immer machen mag, um sein Land in den Rang einer mit den USA und der Sowjetunion gleichberechtigten Atommacht zu erheben, er wird dabei immer in weiterem Rückstand bleiben. Dazu reichen einfach die Kräfte nicht aus.

Die Reaktion der deutschen Parteien, vom gaullistischen Flügel innerhalb der Unionsparteien abgesehen, war eindeutig. Wohlverstandene deutsche Lebensinteressen verbieten, den Weg zu beschreiten, den de Gaulle empfiehlt. Er führt nicht zu Europa hin. Er wäre ein Weg ins Dunkle und Ungewisse.

24. Juli 1964

"SPD ist, was FDP sein sollte"

Bundesjustizminister a.D. Stammberger
begründet seinen Parteiübertritt
Von Carl L. Guggomcs

Vor dem Internationalen Pressclub in München, vier Stockwerke hoch über dem Marienplatz, begründete der ehemalige Bundesjustizminister Dr. Walter Stammberger (44) seinen Übertritt von der FDP zu den Sozialdemokraten. Die Temperaturen betragen, obschon Abend, 30 Grad im Innendlicht, und man zog die Jackettas aus. Wenn auch Herren von der CSU und Damen des monströsen "Bayern Kurier" anwesend waren, wurde die Diskussion doch nie handsärmelig. Es lag sicherlich daran, daß Stammberger fair auch gegenüber seiner alten Partei blieb, der er 18 Jahre lang angehörte.

"Deshalb habe ich auch lange für meinen Übertritt gebraucht. Ich mußte erst wissen, wo die SPD steht. Heute weiß ich es. Und deshalb suche ich bei ihr."

Mehriert lächelnden Herren wehrte der Mann aus Coburg ab: "Ich bin immer noch liberaler. Und die vorgeblich liberale FDP kann oder will heute diese ihre Aufgabe, für eine liberale Politik einzutreten, nicht mehr erfüllen." Aus diesem Grunde will Stammberger auch sein Bundestagsmandat nicht niederlegen. - "Parteien fordern immer ehemalige Mitglieder auf, ihre Mandate niederzulegen, nicht die neuen; während man in Duisburg beim FDP-Bundesparteitag meine Mandataniederlegung forderte, feierte man gleichzeitig die Nichtniederlegung der Landtagsmandate von zwei Leuten, die zur FDP gekommen waren," - sondern im Bundestag bleiben; das sei er seinen liberalen Wählern schuldig. "Ob sie es bei den nächsten Bundestagswahlen goutieren werden, werden wir sehen."

Er wolle also wieder in Coburg kandidieren, diesmal für die SPD? Der Coburger Rechtsanwalt: "Keinesfalls. Ich habe dort dreimal für die FDP kandidiert. Ich werde es nicht für die Sozialdemokratie tun. Das würde ich für unfair halten." Er wolle jedoch gerne im nächsten Bundestag wieder ein Mandat haben. "Es wäre unrichtig, wenn ich das nicht sagen würde." Aber er wolle "keinen Mandat hinterherlaufen". Er habe auch vor seinem Übertritt zur SPD alle Gespräche, die auf eine Sicherstellung seines Mandats für den nächsten Bundestag abzielten, abgelehnt.

Dr. Stammberger kam dann auf sein Verhältnis zur FDP zu sprechen. Die Freien Demokraten hätten zurecht Zünglein an der Waage zwischen den großen Parteien gespielt, sagte er. Sie hätten vor allem in den Jahren 1957 bis 1961 mit Erfolg liberale Vorstellungen im Regierungsprogramm der CDU/CSU durchzusetzen gesucht. 1961 sei das anders geworden, da sei es nicht mehr um Programme, sondern nur noch um Personen und Koalitionen gegangen. Das sei freilich nicht allein schuld der Freien Demokraten gewesen; die anderen Parteien hätten sich auch gewandelt. "Und hier ist der einzige Punkt, in dem ich meine politi-

sche Überzeugung seit meinen Übertritt zur SPD geändert habe: ich bin heute nicht mehr absolut von der Notwendigkeit der FDP überzeugt. Die liberale Mitte ist heute in beiden anderen großen Parteien vertreten. Und die SPD insgesamt ist heute die liberale und soziale Partei, für die ich die FDP gehalten habe, als ich 1946 in sie eintrat. Es wäre kein Unglück, ich will es vorsichtig formulieren, wenn die FDP nicht mehr im Bundestag vertreten wäre. Früher hätte ich das nicht allein aus parteipolitischen, sondern auch aus staatspolitischen Gründen für ein Unglück gehalten."

Stamberger kam dann auf die internen Auseinandersetzungen in der CDU/CSU zu sprechen und sagte, der habe Zweifel, daß diese Partei noch in der Lage sei, die führende in der deutschen Politik zu sein. Es sei ein Mangel, daß ein Flügel der CDU den kleineren Koalitionspartner, die FDP, brauche, um seine Politik gegen den anderen Flügel der eigenen Partei durchzusetzen. "Aus diesen Gründen halte ich es für wichtig, alles offenzuhalten, damit es auch 1965 auch zu einer Koalition SPD-FDP kommen kann." Die Duisburger Erklärungen, die einem vorzeitig festen Koalitionsangebot der FDP an die CDU/CSU gleichgekommen wären, seien daher ein Unglück und müßten revidiert werden.

Was seine neue - und wenn man so wollte, alte - politische Heimat angehe, so habe er bisher den Eindruck gewonnen, daß man es dort ehrlich meine. In den Beratungen von SPD-Gremien, an denen er bisher teilgenommen habe, sei man mit großer Ernst bei der Sache. Er habe das Gefühl, daß es dort nicht um Koalitionen und Personen gehe, sondern um die Sache. "Ich fühle mich deshalb schein in dieser Partei", die überdies eine Reihe von Persönlichkeiten besitze, die staatsmännisches Format hätten.

Auf dringliche Fragen meinte Dr. Stamberger, daß er trotzdem nicht mit allen tagespolitischen Entscheidungen der SPD einverstanden sei. "Aber in welcher Partei ist das schon so?" Wichtig sei, daß man gemeinsame Grundlagen und Grundüberzeugungen habe. Er wolle dafür eintreten, seine Sachüberzeugungen auch in der Opposition durchzusetzen.

Ob er dies als seine Hauptaufgabe betrachte?

Ja, meinte Dr. Stamberger. Und überdies bereite er sich auf die Verteidigung Dr. Otte Jolas im Wiederaufnahmeverfahren vor.

Sprachs, zog die Jacke wieder an und fuhr zurück nach Ceurg. "Wo mich alles andere als die Sommerferien des Parlaments erwarten".

Das große Opfer

Vor 50 Jahren - Attentat auf Jean Jaurès

Von Kurt Hertfelder

Drohend witterleuchtete das Verhängnis des ersten Weltkrieges am politischen Horizont. War es noch aufzuhalten? Die Sozialisten der zweiten Internationale schwankten zwischen dem Gebot der Landesverteidigung und der internationalen kriegsgegnerischen Solidarität. Einer der schwersten Schläge wurde der schon brüchigen Internationale und dem Weltfrieden versetzt, als sich am 31. Juli 1914 die Schreckensnachricht verbreitete, der Vizepräsident der französischen Deputiertenkammer, der sozialistische Abgeordnete Jean Jaurès sei in Paris einem Attentat zum Opfer gefallen.

Der unermüdete Streiter für eine deutsch-französische Verständigung und wortgewaltige Verfechter einer Aussöhnung der beiden "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich wurde für immer von der politischen Tribüne gerissen. Ein französischer Cheurvinist, der vorher für geistesgestört erklärt und freigesprochen wurde, hatte dem Leben des weit vorausschauenden Philosophen und Sozialisten Jean Jaurès meuchlings ein Ende gesetzt.

Gerade jetzt, im Zeichen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, ist es angebracht, dieses vor 50 Jahren erwordenen Vorkämpfers für ein geeintes Europa zu gedenken. Selbst jene politischen Kräfte, die damals noch dem primitiven Nationalismus wilhelminischer Prägung huldigten und mit heute kaum mehr begrifflicher Überheblichkeit und Arroganz auf die "waterlandslosen Gesellen", die Sozialisten der Jahrhundertwende, herablickten, werden 1964 kaum umhin können, Jean Jaurès ihre Referenz zu erweisen. Das politische Handeln des Sozialisten Jaurès erinnert uns daran, daß die Vereinigung Europas keinesfalls eine Idee der heute so lautstarke Konservativen ist, sondern daß sie schon viel früher von sozialistischer Seite proklamiert, propagiert und projektiert wurde, zu einer Zeit, als noch Nationalisten und Konservative hüben und drüben zu Völkermord und Völkermord aufriefen und sich wechselseitig als "Erbfeinde" beschimpften.

Jean Jaurès, im Jahre 1859 geboren, war ein scharfsinniger Geist. Zunächst Linkerepublikanischer Abgeordneter, bekannte sich der 1883 zum Professor der Philosophie Berufene bald zu den Zielen der Sozialisten und trat deren Parlamentsfraktion bei. In der 1905 geeinigten sozialistischen Partei Frankreichs vertrat Jaurès den Revisionismus und lehnte die Unterstützung "bürgerlicher" Parteien nicht ab. Sein Weltbild war weniger durch Marx revolutionär als vielmehr durch Proudhon sozialreformerisch geprägt. Er fand nicht nur die Unterstützung der französischen Arbeiterschaft, sondern konnte auch Teile des republikanisch gesinnten, auf dem Boden der Revolution von 1789 stehenden mittleren Bürgertums zu seinen Anhängern zählen. Jaurès gehörte zu den Verfechtern des Laizismus, der Trennung von Kirche und Staat, in Frankreich.

Jean Jaurès hat uns mehrere kluge Bücher und Schriften, größtenteils die Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus behandelnd, hinterlassen. Noch wesentlicher dürften seine anprangernden und durchgedachten Reden sein, die er im französischen Parlament gehalten hat. Einem breiteren Publikum wurde eine Rede vom Juni 1906 bekannt, die als Zukunftsstaats-Debatte in die Geschichte des französischen Parlamentarismus und der europäischen Sozialdemokratie eingegangen ist und ein Meisterwerk an geistiger Frische, schlagfertiger Überzeugungskraft und lächelnder Ironie darstellt. Jedem Europäer sollte die wohl bedeutendste Rede Jaurès vom 23. Januar 1903 zur Pflichtlektüre gemacht werden. Wir kennen sie unter dem Titel "Deutschland und Frankreich - eine Rede für den Frieden".

Wenn wir uns vor Augen halten, daß die folgenden Sätze vor über 50 Jahren gesprochen wurden, in einer Zeit des nationalen Dunkels, in einer Zeit des Revanchegeschreis der französischen Rechten und Konservativen wegen der 1871 erlittenen Niederlage, in einer Zeit wilhelminisch-preußischer Großsprecherei und Säbelrasslerei, so können wir erkennen, welcher weitblickender und mutiger Geist, welcher edler Humanist und Sozialist Jean Jaurès war:

- * "Die Tatsache, die unsere Zeit beherrscht und der sozialistischen Partei als Richtschnur ihrer Aktion dient, ist die,
- * daß jetzt der Friede in Europa möglich ist. -
- * wohlverstanden: ein tiefer, dauernder, organisierter, endgültiger Frieden." (Lebhafter Beifall auf der Linken)
- * "Man muß einem Volke lebendige und gesunde Kräfte geben: Arbeitskraft, Geistesstärke, die Kraft zur Freiheit und Gerechtigkeit."
- * "Der Friede Europas ist nicht mehr eine Chimäre, er ist eine tief gegründete Möglichkeit und zu seiner Sicherung genügt, daß die Völker zum Bewußtsein dieser tief gegründeten Möglichkeit kommen."
- * "Bei dem gegenwärtigen Stand der Welt kann der Krieg keine Lösung bilden; wir würden die, die wir der Gewalt entreissen wollen, bis in die Ewigkeit hinein neuer Gewalt aussetzen. Nein, die einzige Lösung, die uns den Fortschritt der Welt verspricht, das ist die Sicherung des allgemeinen Friedens und die Ausbreitung der Demokratie."

Können wir jetzt verstehen, warum Jean Jaurès von den Rüstungsbaronen und Nationalisten seines Landes gehaßt wurde? Können wir jetzt begreifen, warum Jean Jaurès einem Attentat zum Opfer gefallen ist? Was wäre Deutschland und Frankreich, was wäre Europa erspart geblieben, wenn man auf Männer wie Jean Jaurès, auf die Sozialisten, gehört hätte? Blinder Fanatismus leitete vor 50 Jahren die Mörderhand, durch die Jaurès umkam. Im Zeichen der fortschreitenden Ausschöpfung der beiden Völker bleibt Jean Jaurès unvergessen, der für diese Ausschöpfung in den Tod gegangen ist.